

Aktuelle Hauptstadtinfos

Woche vom 07.11. – 11.11.2011

Unser Projekt heißt Zukunft.
Machen Sie mit.



SPD

Inhalt

1. Betreuungsgeld ist teurer Unsinn
2. Mindestlohn? Was denn nun?
3. Koalitions-Steuersenkungen auf Pump
4. „Reförmchen“ bei Gesundheit und Pflege



Betreuungsgeld ist teurer Unsinn!

Ab 2013 sollen Eltern, die Ein- und Zweijährige zu Hause betreuen, Geld vom Staat dafür bekommen. Dies wurde von der CSU beim Koalitions-„Basar“ am letzten Wochenende durchgesetzt. Zwei Milliarden kostet das den Steuerzahler.

Wir sagen NEIN zum Betreuungsgeld, weil diese „Herdprämie“ teurer Unsinn ist, der Kinder von Bildung fernhält. In einer Aktuellen Stunde im Plenum kritisierten wir das Vorhaben von CDU/CSU und FDP, die im Übrigen auch in dieser Frage völlig zerstritten sind. Aber wenn die FDP ihre Steuersenkungen bekommt, darf natürlich die CSU auch nicht leer ausgehen. Der Koalitions-„Basar“ kommt uns allen teuer zu stehen.

Das Betreuungsgeld hält Kinder von früher Förderung in Kitas ab, erschwert die Integration von Kindern und verhindert die frühe Rückkehr von Frauen in den Beruf. Darüber hinaus werden Milliarden von Steuergeldern verschwendet, die im Ausbau von Kitas wichtiger wären.

Bei einer Anhörung zu dem Thema sprach sich kein einziger Experte für das Betreuungsgeld aus. Unisono war zu hören: Kinder von frühzeitiger Bildung auszuschließen, ist falsch.

- es ist ein finanzieller Anreiz für Eltern, ihre Kinder von Frühförderung in Kitas abzuhalten, also de facto eine Fernhalte-Prämie.
- Kinder aus Einwandererfamilien werden von Sprachförderung und Eingliederung abgehalten.

- gleichstellungspolitisch ist das Betreuungsgeld eine Katastrophe, weil es Frauen vor einer zeitigen Rückkehr auf den Arbeitsmarkt abhält, vom Fachkräftemangel einmal ganz zu schweigen.

Diese Liste ließe sich fortsetzen. Wir wollen es dabei bewenden lassen, dass den Eltern mit Kindern unter drei Jahren noch 233.000 Kitaplätze fehlen um alleine dem (zu knapp bemessenen) Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz, der ab 2013 gilt, umzusetzen. **Mit den 2 Mrd. Euro, die das Betreuungsgeld kosten wird, könnten immerhin 55.000 zusätzliche Kitaplätze gebaut werden!**

Darüber hinaus ist die Herdprämie auch verfassungsrechtlich bedenklich, da sie eine Prämie für die Nichtinanspruchnahme öffentlicher Infrastruktur ist. Münchens SPD-Oberbürgermeister Udo brachte es auf den Punkt: „Schließlich gibt es auch keine Opernprämie für die, die nicht in die staatlich subventionierte Oper gehen.“

Das Betreuungsgeld ist ein schwarz-gelbes Zugeständnis an Wählerschichten, die Bildungschancen für alle, besserer Integration und auch der Gleichberechtigung von Mann und Frau eher kritisch gegenüberstehen.

Wir fordern: Mindestlohn von 8,50 Euro!



Uns bleibt auch nichts erspart! In der Plenar-Debatte zu Mindestlöhnen behauptete CDU-Mann Peter Weiß doch tatsächlich: "Mindestlöhne sind das Markenzeichen der CDU". Seine Sätze gingen im Gelächter unter.

Nach jahrelangem Streit plädiert nun auch die Union für einen allgemeinen Mindestlohn, das nehmen wir mit großer Genugtuung zur Kenntnis. Es ist ein Sieg für die SPD und die Gewerkschaften, denn gemeinsam haben wir seit zehn Jahren für die Einführung flächendeckender Lohnuntergrenzen gekämpft. „Die CDU ist mit der erneuten Kursänderung zwar zur "Plagiatspartei" geworden, aber das ist zu verkraften. Wenn Merkel bei uns das Richtige abschreibt, wollen wir gerne auf die Quellenangabe verzichten“, spottete Sigmar Gabriel.

Nach den Kurswechseln in Sachen Atompolitik, Wehrpflicht und Hauptschule nähert sich die Union auch beim Mindestlohn sozialdemokratischen Positionen an. Gut so! Doch bisher bleibt es bei vieldeutigen Ankündigungen – mehr nicht. Hinzu kommt, dass der Koalitionspartner FDP bereits verkündet hat, dass Mindestlöhne mit ihnen nicht zu machen sind.

Unser Angebot an die Kanzlerin: Bringen sie ihr Konzept für eine flächendeckende Lohnuntergrenze ins Parlament, wir werden für eine Mehrheit für einen gesetzlichen Mindestlohn sorgen! Allerdings fordern wir gemeinsam mit den Gewerkschaften eine Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde für alle Branchen. Ein solcher Schritt würde nicht nur den 5 Millionen Arbeitnehmern, die mit Dumpinglöhnen abgespeist werden, helfen - er würde auch den

Steuerzahler um Milliarden entlasten, der diese Dumpinglöhne über die „Ausstockung“ beim Arbeitsamt bisher subventionieren muss. Weitere Infos: „Der gesetzliche Mindestlohn ist überfällig“ fügen wir bei.

Verantwortungslose Steuersenkungen auf Pump

Und noch ein Stück aus dem Tollhaus: Inmitten der Euro-Finanzkrise kündigt Frau Merkel Steuersenkungen auf Pump an! Bei diesem durchsichtigen Schachzug für den inneren Frieden in der Koalition handelt es sich um Täuschung und Verschleierung der eigentlichen Absichten. Merkel will endlich Ruhe in der Koalition haben und außerdem versuchen, der FDP über die Fünfprozenthürde zu helfen. Das „FDP-Überlebenspaket“ soll den Staat sechs Milliarden Euro im Jahr kosten und ist reine Symbolpolitik, denn untere Einkommen werden kaum entlastet.



Nach Berechnungen des Bundes der Steuerzahler profitieren von den geplanten Steuersenkungen vor allem Gutverdiener: Ab einem Bruttoeinkommen von 54.000 Euro spart demnach ein Steuerzahler im Jahr 2013 etwa 116 Euro jährlich, ein Geringverdiener mit 10.000 Euro Jahresgehalt nur 19 Euro.

Und dieses „Steuergeschenk“ wird die Bürger dann teuer zu stehen kommen, weil die sechs Milliarden natürlich gegenfinanziert werden müssen. Das geht dann zu Lasten der Sozialausgaben und damit zu Lasten der Gering- und Normalverdiener, die dann am Ende die Zeche für höhere Kindergartengebühren oder die Schließung von sozialen und kulturellen Einrichtungen in den Kommunen zahlen müssen. Dies ist abenteuerlich und angesichts der schwachen Zukunftsprognosen für die öffentlichen Haushalte auch verantwortungslos, weil die Spielräume für Zukunftsinvestition weiter schrumpfen.

FDP-Versorgungsgesetz stößt auf breite Ablehnung

Mit dem geplanten Versorgungsstrukturgesetz hatte die Bundesregierung eigentlich die richtigen Ziele im Blick. Im Interesse der gesetzlich Versicherten ist es notwendig, die heute noch bestehende flächendeckende, hochwertige und wohnortnahe Versorgung auch für die Zukunft zu sichern. Aber: Mit den im Gesetz vorgesehenen Maßnahmen werden diese leider nicht zu erreichen sein. Das sagten auch fast alle Experten in der Anhörung des Gesundheitsausschusses im Bundestag. Die FDP betreibt auch an dieser Stelle reine Klientelpolitik und die CDU/CSU macht mit.

Wir aber haben dagegen zuallererst die Interessen der Patienten und Patientinnen im Blick. Wir als SPD setzen uns deshalb dafür ein, dass die Ärzte im ländlichen Raum gestärkt werden. Wir wissen, dass wir keinen Ärztemangel in

Deutschland haben. Wir haben zur Zeit 335.000 Ärzte, davon sind 145.000 Niedergelassene. Auch wenn man konstatiert, dass durch die neue Arbeitszeitregelung in Krankenhäusern und der Tatsache, dass gerade der gestiegene weibliche Teil der Ärzteschaft oftmals nicht Vollzeit arbeitet, muss man endlich versuchen, Maßnahmen zu treffen und Anreize zu schaffen, um eine andere Verteilung der Ärzte zu erreichen. Es ist zwingend erforderlich, die Überversorgung in Ballungsräumen abzubauen. Mit einer Umverteilung können dann Versorgungslücken im ländlichen Raum, z. B. auch bei uns in Nordhessen geschlossen werden.

Wir bleiben dabei: In überversorgten Regionen sollte es für neue Ärzte Honorarabschläge und eine verpflichtende gesetzliche Vorgabe geben, dass freiwerdende Arztsitze stillgelegt werden. Sonst wird die teure und medizinisch unnötige Überversorgung z. B. durch einen nachfolgenden jungen Arzt für Jahrzehnte fortgesetzt, ohne dass im Gegenzug mehr Ärzte aufs Land gehen. Leidtragende wären die Versicherten, weil sie zum einen in strukturschwachen Regionen immer schwerer einen Arzt finden und zum anderen mit steigenden Beiträgen für ihre Versorgung nicht benötigte Ärzte finanzieren müssen.

Mini-Reform mit Pflege-Bahr im sog. Jahr der Pflege

Kurz vor Ablauf des von der FDP ausgerufenen „Jahres der Pflege“ konnte sich die FDP, CDU/CSU Koalition offenbar doch noch auf einen Pflegebeitrag einigen. Ab 2013 soll es eine Beitragserhöhung um 0,1 Prozent zur Pflegeversicherung geben. Außerdem wurde eine freiwillige, staatlich geförderte Risikoversicherung beschlossen. Damit sollen Betroffene im Fall späterer Pflegebedürftigkeit besser abgesichert sein. Die FDP feiert dies als großen Erfolg. Tatsächlich fließt z. B. für die 1,2 Millionen Demenzkranken in Deutschland deutlich weniger Geld als erwartet, der stark steigenden Zahl von Demenzkranken wird so kaum geholfen. Und auch mit der angekündigten verpflichtenden privaten, kapitalgedeckten Pflegezusatzversicherung ist die FDP gescheitert.

Aus Sicht der SPD ist dieser von der schwarz-gelben Koalition getroffene Pflegebeschluss nicht geeignet, die bestehenden großen Probleme der Pflegefachkräfte, der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen zu lösen. Insgesamt wird die Pflege weder finanziell ausreichend abgesichert noch solidarisch finanziert. Statt dessen hat die Koalition die Tür zu einer „Zweiklassen-Pflege“ aufgestoßen. **Wir setzen dagegen auf ein anderes Modell: Mehr Qualität in der Pflege, mehr Zeit für Angehörige, finanziert durch eine solidarische Bürgerversicherung, die die Einnahmebasis in der gesetzlichen Krankenversicherung verbreitert.**

Infobox

Deutscher Studienpreis 2012: Mit dem Preis zeichnet die Körber-Stiftung junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus, die in ihrer Dissertation gesellschaftlich relevante Themen bearbeiten und handfest Ergebnisse vorgelegt haben. Teilnehmen können Promovierte, die im Jahr 2011 ihre Dissertation mit exzellentem Ergebnis abgeschlossen haben. Einsendeschluss ist der 1. März 2012. Alle weiteren Informationen unter: www.studienpreis.de

Der Wettbewerb „365 Orte im Land der Ideen“ 2012 ist gestartet. Unter Schirmherrschaft des Bundespräsidenten und gemeinsam mit der Deutschen Bank werden seit 2006 zukunftsweisende Ideen und Projekte ausgezeichnet. Unter www.land-der-Ideen.de können sich noch bis zum 4. Dezember 2011 visionäre Unternehmer, engagierte Bürger und kreative Köpfe unter anderem aus den Bereichen Kultur, Bildung und Wirtschaft bewerben.

Eine Information Eurer Bundestagsabgeordneten Edgar Franke, Ulrike Gottschalck und Ullrich Meßmer - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!

**V.i.S.d.P.:
Edgar Franke, Ulrike Gottschalck, Ullrich Meßmer
Platz der Republik 1, 11011 Berlin**

Artikelbilder: fotolia